

행
진

Aktionsplan: Wege aus der Krise

Aktionsplan: Wege aus der Krise

Einleitung

Die Corona-Pandemie ist die größte Krise der zweiten Republik und hat auch die Studierenden an den Österreichischen Hochschulen stark getroffen. Finanzielle Situation, mentale Gesundheit oder Studienalltag, kaum ein Teilbereich des Studiums blieb von der Pandemie unbetroffen. 49% der Studierenden belastet die Vereinbarkeit von Job und Studium, 62% empfanden die Corona-Maßnahmen an ihren Hochschulen als Belastung für ihre mentale Gesundheit. Diese Zahlen aus der Studierendenbefragung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft aus dem Jahr 2022 zeigen: bereits bekannte Probleme verschärften sich und völlig neue kamen hinzu. Im folgenden Aktionsplan "Wege aus der Krise" befasst sich die Österreichische Hochschüler_innenschaft mit diversen Problematiken, die durch die Pandemie entstanden sind, aber auch mit jenen, die schon zuvor in der österreichischen Hochschullandschaft aufgetreten sind und liefert sinnvolle Lösungsansätze, um diese Probleme aus der Welt zu schaffen. Er basiert auf einer umfassenden Analyse der österreichischen Hochschullandschaft und beinhaltet Punkte verschiedener Arbeitsbereiche basierend auf deren Evaluierungen und Erfahrungen aus der Beratungstätigkeit.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft ist davon überzeugt, dass eine Umsetzung der in diesem Katalog aufgeführten Forderungen eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation, der psychischen Gesundheit und des allgemeinen Studienalltags aller Studierenden an den Österreichischen Hochschulen zur Folge hätte und die Barrieren, ein Studium zu absolvieren, nachhaltig abbauen würde. Bildung ist ein Menschenrecht. Die österreichischen Hochschulen und die politischen Verantwortlichen allen, die studieren wollen, ein Studium ermöglichen, unabhängig von den einzelnen Lebensumständen, während einer Pandemie, aber auch danach.

Gesundheit

Durch die Covid-19-Pandemie wurde in Österreichs Hochschulen erstmals flächendeckend auf Distance-Learning umgestellt. Dieser Schritt war notwendig, um das gesundheitliche Risiko für alle Studierenden zu minimieren. Durch die allgemeine Reduktion des Soziallebens ergeben sich jedoch auch neue Probleme, die sich vor allem auf die psychische Gesundheit der Studierenden auswirken und nicht unbeachtet sein dürfen.

Problemfelder	Lösungsansätze
---------------	----------------

<p>In der Pandemie hatten Studierende immer häufiger mit psychologischen Beschwerden zu kämpfen. Die ÖH Studierendenbefragung 2022 zeigte, dass 68 % aller Studierenden "eher" oder "sehr" durch die soziale Distanz belastet wurden und 58 % spürbar von Vereinsamung und Einsamkeit betroffen waren. Gekoppelt mit einer allgemeinen Antriebslosigkeit konnten sich diese Probleme in manchen Fällen bis hin zur Depression verstärken.</p> <p>Anlaufstellen wie die psychologische Studierendenberatung stoßen mit den Kapazitäten an ihre Grenzen.</p> <p>Besonders betroffen waren dabei Angehörige verschiedenster Minderheiten für die eine Vernetzung mit anderen Mitgliedern der Community innerhalb und außerhalb der Hochschule besonders wichtig ist.</p>	<p>Ein offener Umgang mit psychischen Erkrankungen ist dringend notwendig, um Stigmata abzubauen und Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, sich Hilfe zu suchen. Diese Hilfe muss kostenfrei sein und in Form eines niederschweligen Angebots gestaltet sein. Ein Ausbau der psychologischen Studierendenberatung kann der erste Schritt für ein flächendeckendes Angebot an kostenloser (bzw. von der Krankenkasse bezahlter) psychotherapeutischer Beratung und Behandlung sein. Darüber hinaus muss der Psychotherapeut_innenmangel aktiv bekämpft und ausreichend Kassenplätze geschaffen werden.</p> <p>An den Hochschulen können Vernetzungsräume und -events für Studierende bereitgestellt und organisiert werden, um einen Austausch zu fördern und der Vereinsamung entgegenzuwirken.</p>
<p>Durch Covid-19 war der Besuch der Hochschulen für alle Studierenden mit einem gewissen gesundheitlichen Risiko verbunden. Vor allem für jene, die der Risikogruppe angehörten, erschien das Distance-Learning in großen Teilen als alternativlos.</p>	<p>Die Öffnung der Hochschulen in einer Pandemie darf nur unter der Voraussetzung passieren, dass ein sicheres Umfeld für Studierende besteht. Dabei sollten Maßnahmen wie Maskenpflicht oder 2G einen Grundstein bilden, darüber hinaus müssen aber auch neue Konzepte in der Lehre, wie Vorlesungen in kleineren Gruppen, entwickelt und angewendet werden, um eine sichere und qualitative Lehre zu gewährleisten.</p> <p>Vor allem für Veranstaltungsformate wie Laborübungen, wo Distanzlehre bis jetzt oft undenkbar war, braucht es innovative Hybrid-Konzepte, um eine sichere Teilnahme zu ermöglichen.</p> <p>Bei der Rückkehr zur Präsenzlehre darf nicht auf jene vergessen werden, für die ein</p>
	<p>physischer Besuch der Hochschule ein hohes gesundheitliches Risiko birgt. Für diese Personen muss es sichere Alternativprogramme geben.</p>

Finanzielles

Die Pandemie und damit einhergehende Umstellungen trafen nicht alle Studierenden gleich hart. Besonders jene aus einkommensschwachen Familien hatten verstärkt mit Jobverlust, finanziellen Zusatzbelastungen oder den Voraussetzungen für ein erfolgreiches DistanceLearning zu kämpfen.

Problemfelder	Lösungsansätze
<p>Durch die Anschaffung neuer Endgeräte, spezieller Software oder verbesserter Internetanbindung, entstehen für Studierende versteckte Kosten.</p>	<p>Alle Geräte, die zur Absolvierung einer Lehrveranstaltung notwendig sind, sollten an der jeweiligen Hochschule für Studierende zur Verfügung stehen und auch im Distance Learning ausgeborgt werden können. Software-Lizenzen für erforderliche Programme müssen flächendeckend kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollte es an jeder Hochschule ausreichend Lernplätze geben, die mit einer stabilen Internetverbindung ausgestattet sind und für verschiedene Aktivitäten wie Gruppenarbeiten oder die Teilnahme an Online-Lehrveranstaltungen genutzt werden können.</p>
<p>In der Covid-Pandemie hat sich gezeigt, dass Studierende mitunter als erstes ihre Arbeit verlieren, wenn die Wirtschaft zu kämpfen hat. Vor allem geringfügige Anstellungen waren großflächig von Kündigungen betroffen und neue Jobs waren für Studierende nur schwer zu finden. Von der Mindestsicherung sind Studierende kategorisch ausgeschlossen.</p>	<p>Es braucht in Krisenzeiten schnelle und niederschwellige finanzielle Überbrückungshilfen für Studierende, die sonst in Notlagen geraten. Diese sollten durch das zuständige Ministerium finanziert werden und die Basis für ein gesichertes Studium bilden.</p> <p>Zusätzlich sollten Studienbeiträge flächendeckend erlassen werden, wenn die Lehre nicht in der vollen Form garantiert werden kann.</p> <p>Um langfristig sichere Anstellungen zu schaffen, können neue Beschäftigungsmöglichkeiten für</p>

	Studierende an Hochschulen geschaffen werden. Außerdem sollen Absolvent_innen beim Zugang zum Arbeitsmarkt durch.
	Schulungen und Zusatzkurse unterstützt werden.
Der zusätzliche finanzielle Druck betrifft Studierende mit Kind oder anderen Betreuungspflichten besonders, da diese ohnehin erhöhte Ausgaben haben.	Es benötigt ein flächendeckendes niederschwelliges Angebot an Kinderbetreuung an allen Hochschulen. Dieses soll auch zur Verfügung stehen, wenn kein Präsenzunterricht abgehalten wird.
Distance Learning setzt in vielen Fällen ein ruhiges Umfeld Zuhause voraus - abgeschottete Räume für Prüfungen und ausreichend Platz zum Lernen. All jene, die diesen Raum nicht haben, erleiden also eine Benachteiligung und sind verstärkt sozialer Selektion ausgesetzt.	Jede Hochschule muss ausreichend frei zugängliche Räume zum Lernen und Arbeiten bereitstellen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese auch vormittags und abends geöffnet sind, um auch von Studierenden mit beruflichen oder anderen zeitgebundenen Verpflichtungen genutzt werden zu können. Um verschiedene Situationen wie das stille Lernen allein sowie kooperative Gruppenarbeiten abzudecken, muss das Raumangebot divers gestaltet sein.
Durch die Umstellung auf Distance Learning wurde vielen Studierenden das Absolvieren von Prüfungen durch ausfallende Termine erschwert. Zusätzlich wurde der Studienfortschritt durch sämtliche andere hier aufgeführte Probleme eingeschränkt. Als Folge davon verlängert sich die Studiendauer für viele Studierende.	Um die längere Studiendauer nicht zu einem finanziellen Problem für Studierende werden zu lassen, ist es dringend notwendig, die Toleranzsemester auszuweiten. Denkbar wäre dabei ein zusätzliches Semester pro Semester, in dem der Lehrbetrieb nicht vollständig durchgeführt werden konnte. Außerdem sollte die Frist für den Nachweis des Studienerfolgs entsprechend verlängert werden, um Beihilfen für jene Studierende zu erhalten, die sie tatsächlich brauchen.

Internationale Mobilität

Viele Studierende absolvieren im Laufe ihres Studiums ein Auslandssemester, manche müssen Praktika im Ausland absolvieren, einige absolvieren ihr ganzes Studium im Ausland. Lehre sowie Wissenschaft profitieren von diesem internationalen Austausch, der in

Pandemiezeiten durch Reisebeschränkungen deutlich erschwert wurde.

Problemfelder	Lösungsansätze
Pflichtpraktika oder Auslandssemester konnten aufgrund von Einreisebeschränkungen der Zielländer nicht absolviert werden und damit auch das Studium nicht abgeschlossen werden.	Für jegliche Form von Pflichtpraktika oder Auslandssemester an Partnerhochschulen muss es Alternativangebote im Inland geben.
Besonders für Drittstaatsangehörige stellte auch die Einreise nach Österreich eine besondere Herausforderung dar und in vielen Fällen waren die Online Ersatzangebote von mangelhafter Qualität , was sowohl den Studienerfolg sowie die nachhaltige Wissensaneignung erschwerte.	Studierende aus Drittstaaten sollen den Studierendenbeitrag für die Pandemiesemester zurückerstattet bekommen. Des Weiteren müssen Reisebeschränkungen so eingeführt werden, dass sie die Einreise von Studierenden zu Studienzwecken nicht erschweren.
Viele heimische Hochschulen sind sehr grenznahe gelegen, sodass ein beachtlicher Anteil der Studierenden beim Pendeln die Grenze überqueren müssen. Damit gehen bei Grenzkontrollen oft lange Wartezeiten einher.	Studierende müssen gleich wie berufstätige Pendler behandelt werden. Grenzkontrollen müssen derart gestaltet werden, dass sie nicht zu erheblichem Zeitverlust für die Pendler führen.

Kommunikation

Während die Schulen von Medien und Politik in der gesamten Pandemie thematisiert wurden und intensiv nach Lösungen gesucht wurde, um die Auswirkungen der Pandemie auf den Schulbetrieb zu minimieren und Distanzlehre zu vermeiden, warteten Studierende vergeblich darauf, dass die Hochschulen angesprochen werden. Die Entscheidung über die Maßnahmen wurde den jeweiligen Hochschulen selbst überlassen und auch hier traten in der Kommunikation die geltenden Regeln über alle Ebenen Probleme auf.

Problemfelder	Lösungsansätze
Die Studierenden fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und nicht angemessen repräsentiert. Die Hochschulen wurden von Politik und Medien nicht ausreichend thematisiert.	Die Politik muss beginnen, die Sorgen der Studierenden ernst zu nehmen, sie anzusprechen und Lösungen anzubieten. Dazu muss auf eine enge Zusammenarbeit mit der ÖH gesetzt werden, um bestehende

	Probleme zu identifizieren und zu beseitigen
Beim Erarbeiten und Beschließen der lokalen Regelungen wurden Studierendenvertreter_innen häufig nicht ausreichend eingebunden.	Die Hochschulvertretungen müssen in lokale Entscheidungsorgane und Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden, um studierendenfreundliche Maßnahmen zu ermöglichen
Maßnahmen an den jeweiligen Hochschulen werden oft über verschiedene Kanäle, zeitlich zu knapp, oder gar nicht kommuniziert . Auch geschieht die Maßnahmenbestimmung selten transparent. Die Kommunikation seitens der Lehrenden unterscheidet sich stark.	Klare und frühzeitige Kommunikation von Maßnahmen und Modalitäten von Lehrveranstaltungen und Prüfungen. Soweit das sinnvoll möglich ist sollen diese und auch Kommunikationskanäle bestmöglich vereinheitlicht werden, beispielsweise hochschulweit oder fakultätsweit.

Allgemeines

Bereits bekannte Probleme wurden durch die Pandemie verschärft, aber auch ganz neue sind aufgetreten. Im Folgenden sind einige allgemeine Forderungen zur Erleichterung des Studienalltags von Studierenden zu finden.

Problemfelder	Lösungsansätze
Bereits vor der Pandemie war es für viele Studierende schwierig, einen geeigneten Lernplatz zu finden, da Gegebenheiten in den eigenen vier Wänden oft nicht den nötigen Anforderungen entsprechen. Durch häufige Umsetzung von Home-Office sowie der Schließung der Bibliotheken hat sich dieses Problem im Laufe der Pandemie drastisch verschärft.	Hochschulen und das BMBWF müssen geeignete Lernplätze für Studierende schaffen. Dazu müssen sowohl kurzfristige Lösungen wie beispielsweise die Wiener Lerncafés während Lockdowns, als auch ein dauerhafter Ausbau der notwendigen Infrastruktur angestrebt werden.

<p>Die Maßnahmen zur Kontaktreduktion führte zu einem Anstieg des zeitlichen Aufwands für Studierende mit Betreuungspflichten. Lehrveranstaltungen mit Anwesenheitspflichten können für diese eine erhebliche Schwierigkeit darstellen. Für Student_innen aus Risikogruppen stellen sie sogar eine gesundheitliche Gefahr dar.</p>	<p>Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen als Grundlage für eine positive Beurteilung verhindert Flexibilität in Studium und Alltagsgestaltung und muss für alle Studierende, aber insbesondere für jene mit Betreuungspflichten oder gesundheitlichem Risiko, dauerhaft wo sinnvoll möglich abgeschafft werden. Wo dies absolut nicht möglich ist, müssen für berufstätige Studierende, Studierende mit Betreuungspflichten, Angehörige der Risikogruppe und alle andere Studierende mit Begründung, warum sie eine LVA nicht immer in Präsenz besuchen können, Ausnahmeregelungen geschaffen werden.</p>
<p>Besonders zu Beginn der Pandemie kam es vor, dass Prüfungen oder gar ganze Lehrveranstaltungen kurzfristig einfach abgesagt wurden. Dadurch kam es von Studierenden unverschuldet zu Verzögerungen in ihrem Studienfortschritt.</p>	<p>Prüfungen oder Lehrveranstaltungen dürfen nicht ersatzlos abgesagt werden und Fristen für auslaufende Studienpläne müssen verlängert werden.</p>
<p>Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Fehlinformation hat in der CoronaPandemie nicht nur stark zugenommen, sondern auch den Erfolg der Impfkampagne stark eingeschränkt.</p>	<p>Hochschulen müssen als Zentren für Wissenschaft und Bildung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und aktiv an Kampagnen zur Bekämpfung von Verschwörungserzählungen mitwirken.</p>
<p>Viele Studierende haben durch Freiwilligenarbeit einen essenziellen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet. Die Zeit, die sie dadurch aufgebracht haben, fehlt in weiterer Folge</p>	<p>Freiwilligenarbeit sollte besonders in der Pandemie aber auch darüber hinaus als wichtiger Beitrag zur Gesellschaft anerkannt werden. In einem gewissen Ausmaß soll Freiwilligenarbeit für das Studium als Teil</p>

<p>im Studienalltag. Neben der wichtigen gesellschaftlichen Bedeutung erlernen Studierende durch Ehrenämter verschiedene Soft-Skills sowie praktisches Wissen und Erfahrung.</p>	<p>der Wahlfächer anerkenbar sein. Als Muster kann hier die JKU angesehen werden, die bereits vor der Pandemie 4 ECTS für Freiwilligenarbeit in Feuerwehr und Rettungswesen gewährte. Dieses System wurde sogar noch während der Pandemie auf alle Tätigkeiten bei relevanten Organisationen (Krankenhäuser, Behörden, Rotes Kreuz o.Ä.) im Rahmen der Pandemiebekämpfung ausgeweitet wofür sogar 5 ECTS verliehen wurden (1 ECTS pro 20h Arbeit). Ein solches System soll bundesweit an allen Hochschulen eingeführt werden, um den freiwilligen Beitrag, den Studierende leisten, angemessen zu würdigen.</p>
<p>Vielerorts wurden Maßnahmen zum Schutz von Mitmenschen an Hochschulen nicht ausreichend kontrolliert. Leider haben sich deshalb manche nicht an gültige Regelungen wie 3G oder Maskenpflicht gehalten. Für Studierende der Risikogruppe stellt solch ein Verhalten ein vermeidbares Gesundheitsrisiko dar.</p>	<p>Maßnahmen zum Schutz von Mitarbeitern oder Studierenden müssen ausreichend kontrolliert werden.</p>
<p>Besonders zu Beginn der Pandemie vor dem ersten MedAT wurde darüber diskutiert Aufnahmeverfahren durch Numerus Clausus oder Losentscheid zu ersetzen um große Ansammlungen bei Aufnahmeprüfungen zu verhindern.</p>	<p>Jegliche Zugangsbeschränkungen zu Studien müssen abgeschafft werden. Bis dahin dürfen Aufnahmeverfahren jedoch nicht durch unzulängliche Entscheidungsformen wie Losentscheid oder Numerus Clausus ersetzt werden.</p>

Conclusio

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Pandemie alle Lebensbereiche der Studierenden betrifft und negative Effekte auf das Studium weit über Videocalls statt Präsenz-Vorlesungen hinaus gehen. Die Auswirkungen von COVID-19 auf die physische und mentale Gesundheit der Studierenden war fatal, viele verloren ihre Arbeit und litten unter zusätzlichem Stress. All diese Faktoren dürfen bei der Bekämpfung der Pandemie in den Hochschulen nicht vernachlässigt werden, effektive Maßnahmen müssen ganzheitlich gedacht und in Zusammenarbeit mit Studierenden verfasst werden.

Auch wenn alle Studierenden von den zusätzlichen Erschwernissen der letzten zwei Jahre betroffen waren, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht alle von ihnen gleich

stark unter den neuen Herausforderungen litten. Besonders marginalisierte Gruppen, Studierende mit Betreuungspflichten oder jene mit weniger finanziellen Mitteln, spürten die negativen Auswirkungen der Krise am stärksten. Um Diskriminierung und soziale Selektion einzudämmen, benötigt es deshalb gezielte Maßnahmen, die an die Bedürfnisse all dieser Studierenden angepasst sind.

Wenn diese Hürden überwunden sind, lässt sich womöglich sogar ein kleiner positiver Aspekt der Krise hervorheben: Es hat sich in den letzten zwei Jahren gezeigt, dass das österreichische Bildungssystem veränderbar ist, wenn nur der Wille da ist. Rigide Strukturen wie die klassische Vorlesung in Präsenz wurden zum ersten Mal weitläufig aufgebrochen und bereits lange notwendige Schritte Richtung Digitalisierung unternommen.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft wendet diesen Aktionsplan in ihrer weiteren politischen Arbeit an und fordert die Entscheidungsträger_innen in politischen Funktionen und in Hochschulen dazu auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um unsere Wege aus der Krise umzusetzen.